

Die Schuldenmisere der Städte und Gemeinden sei nicht in deren „Verschuldungswillen“ oder in mangelnder Kenntnis der Zusammenhänge begründet, wandten sich die kommunalen Spitzenverbände, vertreten durch Dr. Dörte Diemert und Dr. Christian van Kraack, gegen mögliche Annahmen dieser Art. Das Problem liege vielmehr in der strukturellen Unterfinanzierung der gesamten kommunalen Ebene. Notwendig sei ein Bündel von Maßnahmen, das insbesondere nachhaltige Hilfen beinhalte, die auf längere Sicht einen strukturellen Haushaltsausgleich ermöglichen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe die Lage noch verschlimmert, sie sei aber nicht die maßgebliche Ursache für die schlechte Lage.

VERGEBLICHE SPARBEMÜHUNGEN?

In diesen Tenor stimmten alle folgenden Experten ein. Werner Haßenkamp von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW warnte vor einer „Vergeblichkeitsfalle“: Sparrunden, die am Ende aber ohne Erfolg blieben, könnten zu Demotivation und Frust führen. Wenn man für die unterschiedlichen Verschuldungssituationen – „normal“ und „extrem“ – angepasste Hilfen gefunden habe, könne auch das vorgeschlagene System von Belohnungen und Anreizen funktionieren.

Der Mülheimer Stadtkämmerer Uwe Bonan betonte, der Prozess der Konsolidierung müsse vor Ort und nicht durch die Landesregierung gestaltet werden. Dabei seien die Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen. Einen solchen Ansatz könne man gegebenenfalls auch partiübergreifend umsetzen. Wichtig seien Perspektiven sowie eine Änderung der Finanzausstattung. Für die Aufgaben, die den Kommunen übertragen würden, müssten diese nach dem sogenannten Konnexitätsprinzip auch die notwendigen Mittel erhalten.

SELBSTVERWALTUNG BEDROHT

Über 90 Prozent der kommunalen Aufgaben seien durch EU, Bund oder Land vorgegeben, erläuterte Rainer Häusler, Kämmerer der Stadt Leverkusen. Diese Aufgaben sind nach seinen Angaben strukturell unterfinanziert. So seien etwa im Sektor „Soziales und Jugend“ 76 Prozent der Ausgaben ungedeckt. Dazu kämen die Beiträge für die Lasten der Deutschen Einheit sowie 15 steuerentlastende Gesetze des Bundes in den letzten zwei Jahren, die die kommunalen Finanzierungsgrundlagen massiv belasteten. Aufgrund der gegebenen Handlungsunfähigkeit müsse man feststellen: „Die kommunale Selbst-

„Irgendwann ist die Zitrone ausgepresst“

Sachverständige fordern dringend finanzielle Hilfen für Kommunen

21. Januar 2011 – Die Städte und Gemeinden in NRW stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Nur acht von ihnen schaffen es derzeit noch, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Grund genug für den Kommunalausschuss (Vorsitz Carina Gödecke, SPD), zu einem Antrag der FDP (Drs. 15/125) Sachverständige anzuhören. Die FDP schlägt ein System finanzieller Anreize für Sparanstrengungen vor. Zuvor, so Fachleute in der Anhörung, seien aber Änderungen an der Struktur von Einnahmen und Ausgaben erforderlich. Durch eigene Sparanstrengungen könnten die Kommunen den Schuldenberg jedenfalls nicht überwinden – „irgendwann ist die Zitrone ausgepresst“, unterstrichen die kommunalen Spitzenverbände.



verwaltung steht nicht auf der Kippe, sie ist eine Farce.“ Daher sei es geboten, erstens eine Lösung für die Altschulden zu finden, zweitens die strukturellen Fehler bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben zu beseitigen sowie dann drittens eigene Anstrengungen der Kommunen in Gang zu bringen. Gelingen dies nicht, drohe Politikverdrossenheit in Staatsverdrossenheit umzuschlagen.

Bei den Soziallasten laufe vieles falsch, meinte auch Eberhard Kanski, der Vertreter des Bundes der Steuerzahler NRW. Er plädierte insbesondere für eine Finanzreform auf der Einnahmeseite der Kommunen. Die Gewerbesteuer sei zu ersetzen durch Hebesatzrechte der Kommunen an der Körperschafts- und Einkommensteuer. Außerdem forderte Kanski einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer. Und schließlich bedürfe es einer kritischen Überprüfung aller Aufgaben, die die Kommunen – auch im Auftrag anderer Instanzen – wahrnahmen.

Schwimmbäder, Friedhöfe, Feuerwehrgerätehäuser, die Größe des Stadtrats, die Zuschüsse für Vereine: Alle städtischen Einrichtungen und Leistungen seien daraufhin zu überprüfen, ob sie der Einwohnerzahl angemessen seien, forderte Thomas Heil, Kämmerer von Erftstadt. Kontrollieren müsse man außerdem, ob die Einnahmen durch Steuern und Abgaben ausreichten, die Unternehmen, Landwirte, aber auch Einzelpersonen – etwa für die Kinderbetreuung – leisteten. Das erste Ziel müsse ein ausgeglichener Haushalt ohne Kassenkredite (quasi Kontoüberziehung) sein, dann erst könne man über Schuldenabbau reden.

Welcher Konsolidierungspfad am Ende genommen und welche Maßnahmen umgesetzt würden, müsse von der demokratisch legitimierten Selbstverwaltung entschieden werden, ergänzte Michael Faber, Ratscherr aus Bonn. Jedenfalls hätten die Kommunen einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf finanzielle Hilfen des Landes.

cw